

Meldungen der bürgerlichen Presse, nach denen angeblich die polizeilichen Feststellungen ergeben haben, daß 50 Prozent der Verhafteten schwer verurteilte Verbrecher sind. Die Leipziger Neuesten Nachrichten melden beispielsweise aus Wien über das Ergebnis der Untersuchungen, daß in der neuen Gemeindeführung sich nicht weniger als 40 verurteilte Leute befinden und die Verhafteten bei den Unruhen wegen Brandstiftung und Mordvergehens verurteilte Verbrecher seien. So sieht das Ergebnis der Untersuchung aus, die in der Resolution der Sozialdemokratischen Parteikonferenz gefordert wurde.

Die Annahme dieser Resolution bedeutet eine erneute Kapitulation vor der bürgerlichen Klassenjustiz und vor dem Klassenstaat. Was tut die Sozialdemokratische Partei Österreichs gegen die Regierung, an deren Händen das Blut der 150 Arbeiter klebt? Kein Wort von ihrem Sturz. Die SPÖ ist mit dem Fortbestand und der Existenz der tschechischen Seipel-Regierung einverstanden.

Die linke sozialdemokratische Presse in Sachsen, die sich bemüht, den Betrat der austromarxistischen Führer täglich durch neue Artikel zu rechtfertigen und zu verteidigen, verschweigt schamhaft die Geheimkonferenz und ihr trauriges Ergebnis. Am Sonnabend veröffentlicht beispielsweise die Dresdener Volkszeitung einen Artikel von Julius Deutsch, überschrieben: „Die tobende Reaktion“. Noch einmal bestätigt dieser prominente Vertreter des Austromarxismus und das Paradeponier für die linken Sozialdemokraten in Sachsen, daß die österreichischen Sozialdemokraten alles getan haben, um das Joch der kapitalistischen Stabilisierung in Österreich nicht zu hören und den Aufstand der Arbeiter niederzuhalten. Er sagt das mit folgenden Worten:

„Was aber den Republikanischen Schußbund anlangt, so kann nur launischer und toller Haß der Reaktion ihn irgend einer Schuld bezichtigen. Zehntausende von Zeugen haben mit angesehen, mit welchem Opfermut, mit welcher Tapferkeit und mit welcher Hingabe die Schußbündler sich bemüht waren, das Unheil einzudämmen. Es ist gar nicht auszu-denken, was geschehen wäre, wenn der Schußbund nicht so tatkräftig, wie es der Fall war, mitgeholfen hätte, die Ruhe wieder herzustellen.“

Jetzt, nachdem mit Hilfe der austromarxistischen Führer die Ordnung wieder hergestellt ist, zieht die österreichische Bourgeoisie ihre Lehren, und die jüngsten Ereignisse in Wien zeigen, daß wie überall dort, wo die Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokraten ihre wankende Macht wieder festigen konnte, rücksichtslos der weiße Terror eingesetzt wird.

Welche Lehren zieht aber der Austromarxismus aus der Wiener Straßen-schlacht? Der Bericht über die Geheimkonferenz der österreichischen Sozialdemokratie hilft sich darüber in Schweigen. Vielleicht hat man auch darüber einiges geredet. Vielleicht waren nicht alle Delegierte der zusammengesetzten Geheimkonferenz mit der Taktik des österreichischen Parteivorstandes so zufrieden, wie es in der Resolution zum Ausdruck kommt. Die Arbeiter erfahren es jedenfalls nicht. Die sozialdemokratische Presse schweigt sich darüber aus, was in Wirklichkeit auf dieser streng geheimen Tagung zum Ausdruck kommen sollte, hat inzwischen die tschechische Zeitung schon kurz mitgeteilt. Danach war das wirkliche Ziel der Konferenz die Reinigung der österreichischen Sozialdemokratischen Partei von „nicht benollmächtigten und unverantwortlichen Leuten, die Arbeitsniederlegungen und Straßendemonstrationen durchsetzen

konnten“, ebenso wie die „Entlassung des tschechischen Schußbundes, der...“ (Text ist teilweise unlesbar). Die tschechische Zeitung gibt folgende interessante Mitteilung über den wirklichen Sinn dieser Konferenz:

„Heute begann in Wien eine außerordentliche Parteikonferenz der österreichischen Sozialdemokratie unter vollem Ausschluss der Öffentlichkeit. Es ist aber bekannt, daß auf dieser Konferenz die Organisationsmängel, die bei den letzten Ereignissen zutage getreten sind, behoben werden sollen. In Zukunft soll es unmöglich gemacht werden, daß Nichtbenollmächtigte und unverantwortliche Leute die Arbeitsniederlegung und Straßendemonstrationen durchsetzen können. Auch im Republikanischen Schußbund, wo einige Teile vertrieben, dürfte eine neue Organisation durchgeführt werden.“

Schließlich wird sich die Konferenz noch mit der vom Bund der aufgeworfenen Frage der Auflösung des Parlaments und der Ausschreibung von Wahlen befassen müssen. Da bei dem Wiener Zustand weitestgehende Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratischen Partei entstanden sind und die große Mehrheit anwesend gewillt ist, den radikalen Flügel, der zahlenmäßig nicht stark ist, in die Schranken zu weisen dürfte von der heutigen Aussprache eine Läuterung innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie ausgehen, der über die Grenzen hinaus Bedeutung beizumessen ist.“

Was die tschechische Zeitung „Lauterung“ nennt, ist nichts anderes als der Kurs, der auf die Entfernung aller revolutionären Elemente aus der SPÖ gerichtet ist. Der Kurs nach rechts, der in der Wiener Sozialdemokratie eingeschlagen wird, ist eine selbstverständliche Folge der erbärmlichen Rolle, die die „linken“ Führer in Wien spielen. Sie geben die wirklich links eingestellten sozialdemokratischen Arbeiter, die das Wort Revolution, das Otto Bauer so oft im Munde führte, ernst genommen haben, preis, um sich selber halten zu können. Es war auch wirklich unverantwortlich von ihnen, den so klugen Otto Bauer, den prominenten Vertreter der linken Strömung, so beim Wort zu nehmen. Jetzt wird nun gereinigt, damit das nicht wieder vorkommt und Otto Bauer nicht wieder in die Verlegenheit gerät, daß seine Worte seinen Taten widersprechen. Die Barrikadenkämpfe in Wien haben den Austromarxismus vor eine schwere Belastungsprobe gestellt. Sollte sich das noch einmal ereignen, dann würde dem Austromarxismus das Genick umgedreht. Das soll verhindert werden. Deshalb die Reinigung der Partei, die jetzt auch in Österreich eingeleitet wird.

### Kommunistische Versammlungen in Wien verboten

Die Wiener Sozialdemokraten verständigen sich mit der tschechischen Regierung

Wien, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die niederösterreichische Landesregierung auf eine Versammlungsankündigung der Kommunisten mittelst, wurde „auf Grund eines Parteibereinsommens bis auf weiteres die Abhaltung öffentlicher Versammlungen jeder Art verboten“. Aus dieser Verlautbarung geht hervor, daß die Sozialdemokraten mit der Regierung die „Parteivereinbarung“ getroffen haben, jede Arbeiterveranstaltung zu verhindern. Diese Vereinbarung zeigt deutlich, was vom Kampf zu halten ist, den die sozialdemokratische Führerschaft gegen die Minderregierung Seipel angeht. Der Nationalrat hielt gestern nachmittags eine Trauerversammlung ab, in der der Präsident den Organen der Ordnungsgewalt den Dank und die Anerkennung des Parlaments für ihre Vorgehen aussprach.

### London ruft zum Streik

Stutg. Vulkanober: über London, London, 25. Juli (Tel.)

Bei den großen englischen Luftmanövern, die über England hinweggehen, hat sich bereits ein tödlicher Unfall ereignet. Bei Westhorst stürzte ein Flugzeug des 11. Kampffliegers ab. Der Pilot, ein Aliegeroffizier, verbrannte bei lebendigem Leibe. Gegen Mittag wurden die ersten „feindlichen“ Maschinen über London geschickt. Zweieinhalb Minuten später waren bereits die ersten Kampfflieger zur Verteidigung gestartet. Die Operationen dehnten sich bald über ein großes Gebiet aus. Der Befehl über die Gesamtoperationen liegt in den Händen des Luftmarschalls Sir Ivor Staker. Es ist bemerkenswert, daß welcher Wirksamkeit heute ein Luftangriff auf eine Großstadt ausgeführt werden kann, da die Londoner Bevölkerung von den Operationen der etwa 300 Flugzeuge über der Stadt kaum etwas bemerkt.

### Der tschechische Kurs in England

Am 21. Juli wurde im Unterhaus der Etat für Schottland beraten. Dabei kam es zu größeren Sturmjahren, als der stellvertretende Sprecher, ein Konserverarbeiter, Redner der Arbeiterpartei daran hindern wollte, das durch die Arbeitslosigkeit heraufgezogene Elend in den schottischen Industriebezirken zu betonen. Einer der schottischen radikalen Abgeordneten der Arbeiterpartei wandte sich auf diese Provokation hin heftig gegen die Konserverarbeiter. Er drohte, daß unter solchen Umständen Scotland, ähnlich wie Irland, Selbstverwaltung anstreben würde. Er forderte die konservativen Abgeordneten, sich für die schottische Radikale: „Die Stimmung im Lande ist sehr düster, um aus den Unterständen unseres Elends herauszukommen, um einen Sturmangriff auf euch zu unternehmen. Wir sind bereit, euch die Daumenstränge anzulegen.“

Ähnliche radikale Worte fand man auf der Jahresversammlung der Transportarbeitergewerkschaft in Swansea. Der Sekretär Williams erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß die Regierung Baldwin seit ihrem Begehen nie ein anderes Ziel verfolgt habe, als die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Die Regierung dürfe sich aber keinen Illusionen hingeben. Sie täte gut daran, wenn sie die jüngsten Ereignisse in Wien wohl bedenken würde. Diese seien eine Warnung dafür, daß es nicht genüge sei, sich an der Arbeiterbewegung zu vergreifen. Die englische Arbeiterbewegung sei am Ende ihrer Geduld angekommen. Sie werde alle Hebel in Bewegung setzen, um das Kabinett Baldwin zu stürzen, auch wenn dazu Gewalt erforderlich sein würde.

Zu derselben Zeit hat das Oberhaus, unbeeinträchtigt von diesen leeren Drohungen und Trübungen, die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Trade Unions angenommen und wird sie heute in dritter Lesung beraten. Die Konferenz der Regierung kennt ihre Pappentelmer, sie schert sich den Tadel um die „radikalen“ Reden der Arbeiterpartei, die ihr nicht antun können, sie weiß, daß diese „Radikale“, den Weg der außerparlamentarischen Aktion, der allein den tschechischen Kurs in England aufhalten könnte, nicht beschreiten werden. Die Konserverarbeiter gehen um so sicherer den Weg tschechischer Maßnahmen, als sie wohl wissen, daß sie bei einem Ausbruch der Massenempörung die gesamte Führung der Arbeiterpartei einschließlich der „Radikale“ an ihrer Seite finden werden. Das ist die Lehre, welche die Konserverarbeiter aus den Ereignissen von Wien ziehen und mit Rücksicht auf das Verhalten der Wiener sozialdemokratischen Führer berechnen.

### Zur Ermordung des irischen Justizministers

Die verhafteten Personen freigelassen. London, 26. Juli. In Verbindung mit der Ermordung des irischen Justizministers in Dublin verhafteten Personen sind wegen Mangel an Beweisen freigelassen worden.

### Der Spionageprozess in Frankreich

Am Prozess gegen die Kommunisten, die der Spionage angeklagt sind, ist das Urteil noch nicht gefällt worden. Der Staatsanwalt hielt nach Beendigung der Jugendvernehmung ein lautes Plädoyer, in dem er alle Angeklagten als schuldig anzunehmen erklärte. Die ganze Anklage stützt sich jedoch nur auf Aussagen eines Volkspolitikers Cochelin und hat in Wirklichkeit keinerlei Schuld ergeben.

Der Verteidiger der Angeklagten, der Abgeordnete Baillet-Latour, wies in einer ausgezeichneten Verteidigungsrede nach, daß der ganze Prozess nur angestrengt worden sei, um National gegen die Kommunisten zu veröffentlichen und um die tschechische Front der Arbeiterpartei zu durchbrechen. Zu diesem Zwecke habe man, da die Kommunisten keine Espione seien, Material durch Spione fabrizieren lassen.

Er und auch die übrigen Verteidiger verlangen Freisprechung aller Angeklagten. Das Urteil ist am heutigen Tage zu erwarten.

### Straiminderung für den Warschauer Gesandtenmörder abgelehnt

Warschau. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat der polnische Staatspräsident das Gesuch des Staatsanwalts abgelehnt, den Mörder des sowjetrussischen Gesandten um 15 Jahren Gefängnis zu beantragen.

### Vom Tage

#### Juchendes Automobilunglück.

Bielefeld. Der Arzt Dr. Dandemann fuhr mit seinem Auto auf der Heimfahrt nach Bielefeld in eine Gruppe von Jugendlichen eines Geländes. Drei Personen wurden überfahren. Eine Frau, Mutter von acht Kindern, war sofort tot. Die beiden anderen Personen wurden schwer verletzt. Gegen Dr. Dandemann, der sein Auto in nicht ganz nüchternem Zustand gefahren haben soll, ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

#### Selbstmord eines Ehepaars.

Leipzig. Der Verlagsdirektor Alwin Stadmann und seine Ehefrau sind in ihrer Wohnung tot aufgefunden worden. Sie liegt Selbstmord durch Gassergiftung vor. Der Grund über den gemeinsamen Selbstmord wird darin gesehen, daß Stadmann einer unheilbaren Krankheit litt.

#### Schadunglück

Lugau i. E. In der Grube des Vertonschachtles wurde der 53jährige Häuer Gustav Köhler aus Nieder-Würschitz bei herabstürzenden Gesteinmassen verschüttet. Nach halbtägiger Rettungsarbeit konnte er geborgen werden; er hatte aber schwere innere Verletzungen erlitten, die seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig machten.

#### Im Jauchenschreck erstickt.

Hauen. Im benachbarten Städtgen fiel am Freitag Abend ein zweijähriger Knabe in das von seinem 16jährigen Bruder auf kurze Zeit offentlich gelassene Tauchloch und fand dort seinen Tod.

#### Schwere Gewitter über Zwida.

Zwida. Am vergangenen Sonnabend nachmittags luden sich über der Stadt schwere Gewitter, wobei der Blitz hauptsächlich einschlug. Im nahen Cainsdorf wurde der Elektriker und stellvertretende Bürgermeister Fioh von einem Blitz getroffen und zu Boden geworfen. Der herbeigerufene Arzt konnte noch den Tod feststellen.

## Hochverratsklage gegen den „Kämpfer“

Seitens des Oberreichsanwalts wurde gegen den politischen Mediziner des „Kämpfer“, Genossen Hirsch, ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf Grund eines Artikels im „Kämpfer“ vom 4. Juni eingeleitet. Es handelt sich um den Bericht über die gewalttätige Abwehrkämpfe der Chemnitzer Arbeiterpartei anlässlich der Abreise der Roten Frontkämpfer zum Völkertreffen in Berlin. Die Wiedergabe der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede des Genossen Hirsch, die ein mächtiger Appell zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg war, stellt nach Auffassung des Oberreichsanwalts ein hochverräterisches Unternehmen gegen die Republik dar. Es ist anzunehmen, daß dieses Verfahren mit dem gegen den Genossen Hirsch auf Grund seiner früheren Tätigkeit in unserem Leipziger Bruderblatt schwebenden Hochverratsprozess verbunden und im Herbst vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung gelangen wird.

Dieser neue Anschlag der Klassenjustiz auf das Organ der Arbeiterpartei des Erzgebirge-Vogtlandes stellt politisch eine besondere Provokation dar. Indem der Oberreichsanwalt in der Ankündigung, daß sich der kommenden imperialistischen Krieg mit revolutionärer Entschlossenheit niederringen werden und in diesem Kriege die Waffen, die die Bourgeoisie den Arbeitern gibt, nicht gegen Sowjetrußland, sondern gegen die Feinde des Arbeiter- und Bauernstaates wenden werden, einen Hochverrat erdichtet, bricht er mit den bisher üblichen Friedensbetreibungen und gibt die Kriegspläne der deutschen Bourgeoisie im Bündnis mit dem englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion unumwunden zu. Wenn die Klassenjustiz aber hofft, durch Hochverratsprozesse den Kampf des revolutionären Proletariats gegen die Kriegsheker unterbinden zu können, täuscht sie sich. Der „Kämpfer“ wird seine Pflicht als Organ der bewußten Arbeiter auch in Zukunft uneingeschränkt erfüllen! Wir sind sicher, daß die Arbeiterpartei durch den ungeheuerlichen Anschlag der Oberreichsanwaltschaft nur um so enger mit ihrem Kampforgan verbunden sein wird, daß sie nur um so eifriger die Verberbeit für den „Kämpfer“ und den Kampf gegen die bürgerliche und reformistische Presse betreiben wird. Diese Arbeit und dieser Kampf ist die beste Antwort auf die reaktionären Provokationen der Klassenjustiz!

## Wer regiert im Reichsbanner?

Die Pfaffen oder die Reformisten?

### Die Zentrumspeißche über der Sozialdemokratie.

Was vorauszuversuchen war, ist eingetroffen. Die sozialdemokratischen Führer haben auf die Drohung des Zentrums anlässlich der Erklärung Hörsings zu den Wiener Ereignissen mit dem Rücktritt Hörsings von seinem Amt als Regierungspräsident von Magdeburg geantwortet. Der Hörsing verbirgt diese neue beispiellose Erniedrigung der Sozialdemokratie vor der Pfaffenpartei mit einer tönenden Erklärung, die dahin ausklingt, daß er jetzt, befreit von den Hemmnissen eines offiziellen Amtes, sich um so entschlossener und ausschließlicher dem Kampf gegen die Reaktion widmen könne. Für jeden, der die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum in den letzten Monaten verfolgt hat, ist ohne weiteres klar, daß es sich nicht um eine Vertiefung des Kampfes gegen die Reaktion sondern um die Fortsetzung jener Politik handelt, die in Kiel zur Richtschnur aller Handlungen der Sozialdemokratie bestimmt wurde; der Erhaltung der preussischen Koalition um jeden Preis. Sozialdemokratische Führer schreien vor seiner Demütigung zurück, nur um die preussische Koalition zu erhalten. Es wird sicher sozialdemokratische Arbeiter geben, die vom Rücktritt Hörsings von seinem Regierungsamt sich eine Politik des Reichsbanners versprechen, die den Interessen der Arbeiterklasse näherkommt, als die bisherige. Das Gegenteil ist richtig.

Wiederum ein trasses Beispiel, wie die Sozialdemokratie ihre Anhänger irreführt: Zur Reichsregierung in lächerlicher Opposition. In der preussischen Regierung in der engsten Koalition mit derselben Partei, die zu den Hauptstützen des Bürgertums gehört. Und im Reichsbanner, in der republikanischen Massenorganisation bedingungslos Unterwerfung unter das Zentrumsdiktat.

Dieses Betrugsmanöver der Sozialdemokratie gilt der Vorbereitung der kommenden Wahlen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Partei, das betrugserische Doppelspiel der sozialdemokratischen Führer bereits jetzt zu entlarven.

## Landsberg, der Nachfolger Hörsings

Berlin, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die preussische Regierung wird sich im Laufe des heutigen Tages mit dem Rücktritt Hörsings beschäftigen. Gleichzeitig soll sein Nachfolger ernannt werden. Als einer der aussichtsreichen Kandidaten für den Posten des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen wird der Sozialdemokrat Reichstagsabgeordneter Otto Landsberg, Magdeburg, genannt.

Landsberg ist der deutschen Arbeiterschaft nicht unbekannt. Im Jahre 1918 war er der Kampfanführer der Arbeiterschaft und Koos, die als Volksbeauftragte die Niederwerfung der deutschen Proletariat durch die Kesslegarden organisierten. Der Roste Mitteldeutschlands, Hörsing, der sich die Gunst der deutschen Bourgeoisie mit der brutalen Niederwerfung der mitteldeutschen Arbeiter im Jahre 1921 erkaufte und nun seinen wohlverdienten Fuhrtritt erhält, bekommt also einen würdigen Erben.

## Der Kölner Schiedspruch verbindlich

Die christlichen Metallarbeiter lehnen die Fortsetzung des Kampfes ab

Köln, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonnabend nahm eine Funktionärerversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs Stellung. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verbindlichkeitsklärung als geleglicher Akt akzeptiert werden müßte. Die Lohnkommission des DMB Köln stand offensichtlich unter dem Eindruck des Beschlusses des christlichen Metallarbeiterverbandes und brüchlos ebenfalls, den Kampf abzubrechen und den Bezirksversammlungen die Wagnahme der Arbeit zu empfehlen. Die Streikenden haben auch demgemäß in verschiedenen Bezirksversammlungen die Wagnahme der Arbeit für Dienstag früh gegen eine starke Minderheit beschlossen.

## Keine Hoffnung auf Rettung der auf Zsche „Auguste Viktoria“ eingeschlossenen Berolger

Dortmund. Nach dem vom preussischen Oberbergamt herausgegebenen Bericht über den Schachteleinsatz auf der Zsche „Auguste Viktoria“ besteht wenig Hoffnung, daß die noch eingeschlossenen 5 Bergleute am Leben geblieben sind.